

## CDU in Nordrhein-Westfalen auf Talfahrt

*Grab geschaufelt*

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

NAEB 2209 am 24. April 2022

Die CDU wird die Wahlen in Nordrhein-Westfalen krachend verlieren, außer sie steuert kurzfristig und glaubhaft in der Energiepolitik um.

Die neuesten Umfragewerte zeigen es deutlich: Mit der CDU geht es abwärts, während die SPD und Bündnis 90/Die Grünen zulegen. Die meisten Medien sehen die Schuld an diesem Trend in der unentschuldbaren Untätigkeit und in den Urlaubsreisen der zuständigen CDU-Landesministerinnen nach der Flutkatastrophe in 2021 im Ahrtal. Das mag temporär mit ein Grund für die schlechten Umfragewerte sein. Doch langfristig und wahlentscheidend wird die Energiepolitik der CDU sein.

Laut Wahlprogramm will die CDU die Energiewende verstärkt vorantreiben. Alle Kohlekraftwerke sollen in den nächsten acht Jahren vom Netz gehen. Bis 2045 soll Nordrhein-Westfalen "klimaneutral" sein. Das heißt, die Energieversorgung soll ohne Kohle, Erdöl, Erdgas und nukleare Brennstoffe erreicht werden. Um das zu erreichen, sollen die Windstromanlagen verdoppelt und die Solaranlagen vervierfacht werden. Mit diesem Programm werden die Grünen überholt, die inzwischen darüber nachdenken, wie die Kohle-, Gas- und Ölimporte aus der Russischen Föderation durch Importe aus anderen Ländern ersetzt werden können.

Wind- und Solarstromanlagen liefern keine gesicherten Leistungen. Die sind aber Voraussetzung für eine stabile Stromversorgung. Nur die ideologisierten Energie- und Klimaretter glauben, die Versorgung sei gesichert, wenn die wetterabhängigen Anlagen irgendwann den Jahresbedarf erzeugen. Sie wählen die Grünen. Realisten wenden sich von solchen unsinnigen Plänen ab und damit auch von der CDU.

Keine ausreichende Leistung

Wer die Energiepolitik bewerten will, muss Leistung und Energie auseinanderhalten. Leistung ist die Energie pro Sekunde. Die Leistung von Geräten wird meistens in Kilowatt (kW) angegeben. Höhere Leistungen erfordern größere Geräte, die mehr kosten. Mit dem Einschalten der Geräte wird die Leistung aktiviert. Die Leistung multipliziert mit der Betriebszeit ergibt die Energie, die als Kilowattstunden (kWh) bezahlt werden.

Da bisher keine effizienten und ausreichend großen Stromspeicher bekannt sind, muss die verlangte Leistung zum Zeitpunkt des Verbrauchs erzeugt werden. Gesicherte Leistung, die jederzeit abgerufen werden kann, liefern nur Kraftwerke. Wind- und Solarstromanlagen haben keine gesicherte Leistung. Denn bei nächtlicher Windstille geben sie keine Leistung ab. Sie können daher auch keinen einzigen Haushalt mit Strom versorgen. Diese Aussage ist eine Täuschung der Verbraucher.

Das heißt, nur Kraftwerksleistung kann den Bedarf jederzeit abdecken. Die vom Wetter gesteuerten schwankenden Leistungen des Wind- und Solarstroms sind überflüssig und sogar kontraproduktiv. Die schwankenden Leistungen erfordern einen erhöhten Regelaufwand der Kraftwerke. Die Regelkosten sind seit 2002 von 100 Millionen auf 1.500 Millionen Euro pro Jahr angestiegen.

Diese müssen im ungünstigen Teillastbereich mit häufigem Lastwechsel betrieben werden, um die geforderte Netzleistung zu halten. Mit Wind- und Solarstrom ist eine gesicherte Versorgung unmöglich. Doch die CDU will dies laut ihrem Wahlprogramm erreichen. Das ist eine Täuschung der Wähler. Um dies deutlich zu machen, bezeichnet der Stromverbraucherschutz NAEB den Wind- und Solarstrom als Fakepower (Fake = Täuschung).

Hohe Fakepower-Kosten

Derzeit wird der Strom in der BRD zu einem Drittel mit Fakepower erzeugt. Allein dieses Drittel hat die gesamten Stromerzeugungskosten schon verdoppelt. Das heißt, Fakepower ist viermal teurer als Kraftwerkstrom. Mit mathematischen Grundkenntnissen kann das jeder leicht nachrechnen:  $\frac{2}{3} K + \frac{1}{3} F = 2 K$ . K: Kosten Kraftwerkstrom, F: Kosten Fakepower. Diese teure Fakepower wird unter Lobpreisung der meisten Medien bevorzugt in das Stromnetz eingespeist. Motto: Ökostrom hat einen neuen Höchststand erreicht.

Jeder Wirtschaftler müsste protestieren. Doch Proteste bleiben aus. Vorstände großer Unternehmen befürworten sogar eine solche unsinnige Politik. Der Einfluss der Profiteure der Energiewende reicht offenbar weit.

CO<sub>2</sub>-Kosten sind Preistreiber

Der Anstieg von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) in der Luft sei Verursacher einer kritischen Erderwärmung. Verantwortlich hierfür sei die Nutzung unterirdischer Brennstoffe. Das ist die Aussage aller Energiewende-Politiker. Daher müsse die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas eingestellt werden. Doch von keinem dieser Politiker ist zu erfahren, welcher CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Luft zu einem ausreichenden Pflanzenwuchs notwendig ist. Diese einseitige Bewertung ist die Grundlage der deutschen Energiepolitik. Durch ständige Wiederholung in fast allen Medien, CO<sub>2</sub> sei klimaschädlich, ist das inzwischen zu einem festen Glauben bei den meisten Bundesbürgern geworden.

Zur Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus unterirdischen Brennstoffen wurden für die Kraftwerke CO<sub>2</sub>-Zertifikate eingeführt. Treibstoffe und Erdgas werden seit 2020 mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe belastet. Diese erhöht die Strom-, Treibstoff- und Heizungskosten deutlich. Und sie verfälscht die wahren Kosten. Für Kraftwerke kostet ein Zertifikat zur Emission von einer Tonne CO<sub>2</sub> zurzeit 80 Euro. Jeweils 10 Euro Zertifikatskosten erhöhen die Stromerzeugungskosten um 1 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh). Der Braunkohlestrom wird für 3 ct/kWh erzeugt.

Die geforderten CO<sub>2</sub>-Zertifikate katapultieren die Kosten auf 11 ct/kWh. Das sind 2 bis 3 Cent mehr als die nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) festgelegte Einspeisevergütungen für Fakepower, die bereits gute Renditen garantieren. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung treibt die Stromkosten, aber auch die Heiz- und Treibstoffkosten, in die Höhe. Statt den Sinn und die Folgen dieser Bepreisung zu hinterfragen, sollen die CO<sub>2</sub>-Kosten nach dem Willen der Ideologen noch weiter steigen.

Die Bundesregierung nennt als Grund für die hohen Energiekosten die gestiegenen Weltmarktpreise. Die eigentlich kostentreibende CO<sub>2</sub>-Politik wird gutgeheißen. Der vermeintliche "freie Gasmarkt" in der EU führte zu Spekulation mit drei- bis fünfmal so hohen Preisen. Eine kritische Bewertung der bisherigen Politik bleibt aus. Dies erwarten aber die Bürger und Wähler. Wahlen lassen sich in Zukunft nur mit realistischen Programmen gewinnen.

Die CDU muss das Wende-Experiment beenden

Die CDU in Nordrhein-Westfalen und auch im Deutschen Bundestag muss bekennen: "Die versuchte Energiewende war ein teures Experiment, das in eine Sackgasse führte. Eine sichere und bezahlbare Stromversorgung ist mit "grünem" Strom unmöglich. Dieser Strom ist viermal teurer als

Kraftwerkstrom und kann kein stabiles Stromnetz aufbauen und sichern. Die Stromversorgung in der BRD muss weiterhin durch Kraftwerke erfolgen. Die noch laufenden Kernkraftwerke müssen weiter laufen. Die Verstromung der heimischen Braunkohle muss ausgebaut werden, um unabhängiger von Importen zu werden."

Das gilt im besonderen Maße für die Braunkohlevorkommen in Nordrhein-Westfalen, mit denen weite Teile des Ruhrgebietes mit Strom versorgt werden. Die Wiederaufnahme der Steinkohlen- und Fracking-Förderung von Öl und Gas sind ohne Tabus zu prüfen.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, einen wesentlichen Anteil des Stroms könnten Wasser- und Biomassekraftwerke liefern. Die geringen Regenmengen und die Biomasseerzeugung in der BRD sind bei Weitem zu gering. Die Speicherung der teuren Fakepower als Wasserstoff entpuppt sich bei näherem Hinsehen als ein Verfahren zur Energievernichtung.

Bis zu einer Wiederverstromung des Wasserstoffs gehen 80 Prozent der Fakepower verloren. Hohe Verluste haben auch die Stromtrassen quer durch die BRD, von den Offshore-Anlagen und nach Norwegen. Bei Dunkelflauten sind sie nutzlos. Unter hoher Belastung addieren sich die Transportverluste auf etwa 10 Prozent.

Es sollte Aufgabe der Parteien sein, über Kosten und Folgen der politischen Programme aufzuklären. Die CDU hat hier die Chance, als Opposition im Bundestag und als Regierungsfraktion im Landtag von NRW zu zeigen, dass sie alles tun wird, um die Energieversorgung wieder sicher und bezahlbar zu machen. Das derzeitige Programm führt in die Gegenrichtung.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel  
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz  
[www.NAEB.de](http://www.NAEB.de) und [www.NAEB.tv](http://www.NAEB.tv)

[1] Bildquelle: StockKosh-Strategy-5  
[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

"Rettet die CDU": Reporter Jakob Leube nach der Wahl in Baden-Württemberg

2021 | extra 3

Unser Reporter Jakob Leube ist wieder auf der Straße im Kampf für eine bedrohte Spezies: die CDU. Bedroht wird sie im Süden unter anderem durch Winfried Kretschmann, der im Ökosystem Baden-Württemberg schamlosen Raubbau am CDU-Kern betreibt.

Autoren: Jakob Leube, Sebastian Rieth

[https://www.youtube.com/watch?v=Fd4\\_8bcUCqA](https://www.youtube.com/watch?v=Fd4_8bcUCqA)

Unter den Linden: "Auf Talfahrt - Wer hat die Volksparteien geschrumpft?"

22. Oktober 2018 | phoenix

Zu Gast bei Phoenix "Unter den Linden" von Michaela Kolster: Mike Mohring (CDU, Landes- und Fraktionsvorsitzender)

<https://www.youtube.com/watch?v=VHBWzwhYR5c>

## Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak  
Mühlenstr. 8a  
14167 Berlin

NAEB.tv  
[Hans.Kolpak@NAEB.info](mailto:Hans.Kolpak@NAEB.info)

## Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann  
Mühlenstr. 8a  
14167 Berlin

NAEB.de  
[Heinrich.Duepmann@NAEB.info](mailto:Heinrich.Duepmann@NAEB.info)

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltpak ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltpak statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

